



**An: Herrn Minister Özdemir, Frau Ministerin Lemke, Herrn Minister Lauterbach, Vorsitzende und
Obleute im Landwirtschafts- und Umweltausschuss**

Cc: dt. Mitglieder des AGRI-Ausschusses im EU-Parlament, EU-Kommission

Berlin, 11. Mai 2022

**Offener Brief: Gemeinsamer Appell für die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie und einer
verbindlichen Pestizidreduktion**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie als deutsche Vertreter*innen der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten“, die von 1,2 Millionen EU-Bürger*innen unterzeichnet wurde und von mehr als 250 europäischen NGOs mitgetragen wird. Knapp die Hälfte der Unterschriften kamen dabei aus Deutschland.

Die EU-Kommission hat die Veröffentlichung eines lang erwarteten Verordnungsentwurfs zur Revision der Rahmenrichtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (2009/128/EG, „SUD“) vom 23. März nun voraussichtlich auf den 22. Juni 2022 verschoben. Dies geschah angesichts des Ukrainekriegs und augenscheinlich auch auf Druck der Agrarlobby. Die neue Pestizid-Verordnung („SUR“) soll die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitäts-Strategie, den chemischen Pestizideinsatz bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren, rechtlich verankern. Dieses Ziel stellt einen bedeutenden Schritt hin zu einer widerstandsfähigeren Landwirtschaft dar, die für langfristige Ernährungssicherheit sorgt, Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und von Importen von Kunstdünger schafft, sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel gewährleistet sowie unsere Gesundheit und die biologische Vielfalt schützt.



Wir begrüßen und unterstützen deshalb ausdrücklich die klare Haltung von Ihnen, Herr Bundesminister Özdemir und Frau Bundesministerin Lemke, sich zu den Zielen des Green Deals und den nachgelagerten Strategien zu bekennen, diese nicht aufgrund der akuten Ukraine Krise in Frage zu stellen und somit nicht eine Krise gegen die andere auszuspielen. Um die aktuellen Herausforderungen des Ukrainekriegs für die Ernährungssicherheit zu bewältigen, sind auch nach Auffassung von Wissenschaftler*innen andere Maßnahmen sinnvoll und notwendig.¹

Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland alle notwendigen Schritte unternimmt, die Pestizidreduktionsziele der Farm-to-Fork-Strategie auf europäischer sowie auf deutscher Ebene rechtsverbindlich umzusetzen. Dazu gehört, sich möglichen Verwässerungen oder weiteren Verzögerungen bei der Revision der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (SUD) deutlich entgegenzustellen.

Die SUD aus dem Jahr 2009 hatte bereits das Ziel, den Pestizideinsatz und das damit verbundene Risiko zu verringern. Nicht-chemische Alternativen sollten bevorzugt werden und chemisch-synthetische Pestizide nur noch Mittel letzter Wahl sein. Die Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes (IPM) ist durch die Richtlinie für europäische Landwirt*innen bereits seit 2014 verpflichtend. Dass die Richtlinie von den meisten Mitgliedstaaten – so auch von Deutschland – bis heute nicht vollständig umgesetzt wurde, ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass es dem politischen Instrument an konkreten Zielsetzungen, verbindlichen Maßnahmen und Kontrollmechanismen fehlte. Die Überarbeitung dieser Gesetzgebung ist dringend notwendig und muss diese Defizite überwinden, sodass sich die Landwirtschaft aus der schädlichen Abhängigkeit vom chemisch-synthetischen Pflanzenschutz befreien kann und stattdessen darin unterstützt wird, umwelt- und klimaschonende agrarökologische Anbauverfahren einzuführen und das strategische Ziel einer Pestizidreduktion von 50 Prozent bis 2030 zu erreichen.

¹ DNR-Hintergrund: Der Ukraine-Krieg und die Auswirkungen auf die Debatte um die Landwirtschaft, (13.04.2022): <https://www.dnr.de/publikationen/dnr-hintergrund-der-ukraine-krieg-und-die-auswirkungen-auf-die-debatte-um-die>



Wir brauchen dringend weitaus ehrgeizigere und verbindlichere Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes (und des Risikos) chemisch-synthetischer Pestizide, um einen notwendigen Beitrag zu leisten, den Verlust der biologischen Vielfalt und negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit zu stoppen und eine nachhaltige Produktion gesunder Lebensmittel zu gewährleisten.

Daher bitten wir Sie:

- Stellen Sie sich gegen eine Verwässerung des Kommissionsentwurfs zur SUD-Revision und gegen weitere Verzögerungen des Revisionsverfahrens.
- Verteidigen Sie den Kommissionsvorschlag eines Reduktionsziels um 50 Prozent und setzen Sie sich dafür im EU Rat und bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten ein.
- Unterstützen Sie die Forderungen nach einer Überarbeitung und Erweiterung der Indikatoren zur Messung der Pestizidreduktion, denn der harmonisierte Risikoindikator 1 (HRI 1) ist als derzeit einziger Parameter ungeeignet, um eine Pestizidreduktion durch „nachhaltigen Pflanzenschutz“ zu messen. So fehlen Umweltindikatoren und der Bezug zu realen, kulturspezifischen Verwendungsdaten.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass alle besonders bedenklichen Pestizide – die sogenannten „Substitutionskandidaten“ – bis 2030 ersetzt werden. Es ist zu begrüßen, dass die Farm-to-Fork-Strategie ein gesondertes Mengenreduktionsziel von 50 Prozent für diese besonders bedenklichen Pestizide bis 2030 vorschlägt. Das gesetzliche Ziel der EU-Zulassungsverordnung beschreibt allerdings einen vollständigen, also hundertprozentigen Stopp der Verwendung von Substitutionskandidaten.
- Fordern Sie Regelungen in der neuen Verordnung, um insbesondere Schutzgebiete, auch NATURA 2000 Gebiete und Wasserschutzgebiete, effizienter und messbar vor dem Einsatz und den Folgeschäden chemischer Pestizide zu schützen und setzen Sie sich für ein klares Verbot chemisch-synthetischer Pestizide rund um Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, öffentliche Parkanlagen und vergleichbare Gebiete ein.
- Setzen Sie sich für eine Transformation der landwirtschaftlichen Praxis ein. Dies bedeutet aus unserer Sicht eine klare und unmissverständliche Definition des IPM und verbindlicher allgemeiner und sektor- und kulturspezifischer IPM-Standards in der neuen SUR Verordnung,



eine Erhöhung des ökologischen Anbaus auf 30% bis 2030, die Förderung agrarökologischer Anbauverfahren in Forschung und Praxis, die Nutzung von ökonomischen Lenkungsinstrumenten im Rahmen der GAP sowie auch die Einführung einer Pestizidabgabe, deren Einnahmen zur Unterstützung der Transformation gezielt an landwirtschaftliche Betriebe zurückfließen sollten.

- Unterstützen Sie verbindliche Ziele für einen vollständigen Ausstieg aus der Verwendung von chemisch-synthetischen Pestiziden, wie sie von 1,2 Millionen EU-Bürger*innen mit der EBI "Bienen und Bauern retten" gefordert werden. Die EBI fordert eine Pestizidreduzierung um 80 Prozent bis 2030 und einen vollständigen Ausstieg aus der Verwendung chemisch-synthetischer Pestizide bis 2035.

Weitere Empfehlungen zur Ausgestaltung der SUR aus NGO-Sicht bietet u.a. folgende Stellungnahme:

- PAN Europe & PAN Germany Position paper on the revision of the Sustainable Use of Pesticides Directive: <https://pan-germany.org/download/gemeinsames-positions-papier-zur-revision-der-eu-richtlinie-zur-nachhaltigen-anwendung-von-pestiziden>

Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigen einmal mehr, wie abhängig die industrielle, intensive Landwirtschaft von fossilen Brennstoffen und anderen externen Inputs ist. Angesichts der aktuellen Krise ist es wichtiger denn je, unsere Lebensmittelversorgung auf eine nachhaltige Basis zu stellen, die gesunde Böden, sauberes Wasser und eine größtmögliche biologische Vielfalt dauerhaft gewährleistet und befördert. Diese dringend notwendige Transformation der Landwirtschaft erfordert es, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden drastisch zu reduzieren. Der systemische Wandel der Landwirtschaft, dessen Gradmesser der Pestizidausstieg sein muss, ist dringender denn je. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, damit der Einsatz synthetischer Pestizide zur Ausnahme wird und nicht die Norm bleibt.

Um die SUD-Revision zielführend auszuarbeiten und umzusetzen, ist die Position von Deutschland sehr wichtig. Daher wünschen wir uns diesbezüglich ein hohes Engagement vonseiten der



Bundesregierung. Wir Organisationen der Zivilgesellschaft werden Sie dabei gerne weiter als konstruktive und kritische Gesprächspartner begleiten, denn die umwelt- und klimagerechte Transformation der Landwirtschaft ist für die Zukunft künftiger Generationen unabdingbar.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Radetzki, Vorstand, Aurelia Stiftung

Olaf Bandt, Vorsitzender, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Dr. Angelika Strauß, Geschäftsführerin, Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft

Annette Seehaus-Arnold, Präsidentin, Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund (DBIB)

Florian Schöne, Geschäftsführer, Deutscher Naturschutzring (DNR)

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer, Deutsche Umwelthilfe (DUH)

Tomas Brückmann, Pestizidexperte, GRÜNE LIGA

Wolfgang Deinlein, Geschäftsführer, Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet (IAWR)

Berthold Lange, Vorstand, Immanuel Kant-Stiftung

Jürgen Binder, Prof. Ludwig Armbruster Imkerschule

Stefanie Hermsen, Vorstand, Manfred-Hermsen-Stiftung

Leif Miller, Bundesgeschäftsführer, Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Jochen Saacke, Vorstand, Ökokiste e.V.

Gabriela Strobel, Vorstand, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)

Benedikt Haerlin, Koordinator, Save Our Seeds

Andrea Giese-Seip, Redakteurin, Schrot&Korn

Johannes Weber, Vorsitzender, Stadtbienen

Fabian Holzheid, Politischer Geschäftsführer, Umweltinstitut München

Oliver Willing, Geschäftsführer, Zukunftsstiftung Landwirtschaft